



Richtlinienkompetenz

Die rbb24-Abendschau begleitet gegenwärtig die Spitzenkandidatinnen und Spitzenkandidaten im Wahlkampf. Gestern war **Franziska Giffey** an der Reihe. Ein älterer Herr sagte ihr unverblümt, dass er die CDU wählen werde. Ob er denn wisse, wer dann wahrscheinlich ins Rote Rathaus käme. „Wegner.“, glaubt der Mann. „Ne, Frau Jarasch“, erwidert ihm Giffey. „Wenn Sie die CDU wählen, dann wird die SPD geschwächt.“ Das trifft bei einer Wahlentscheidung für jede anderen Partei natürlich auch zu.

Wenn die Grünen vor der SPD durchs Ziel gingen, könnten die Sozialdemokraten Jarasch verhindern und **Kai Wegner** Regierender Bürgermeister mit den Juniorpartnern SPD und FDP werden. Zur FDP äußerte sich Giffey in einem Interview mit dem **Tagespiegel** überraschend deutlich: *Die FDP gehört für sie ins Parlament. „Ich halte es für elementar, dass die FDP als liberale Kraft für Ausgleich sorgt.“*

Noch muss sich die SPD aber nicht hinter den Grünen anstellen. Denn für gute Laune bei der SPD sorgt gegenwärtig das für **Tagespiegel** und **SPiegel** tätige Umfrageinstitut **Civey**. Da liegt die SPD mit 19,9 Prozent vor den Grünen (18,3 Prozent). Die CDU ist mit 22,6 Prozent nach wie vor Spitzenreiter. Beide Konstellationen, SPD/Grüne/Linke oder CDU/SPD/FDP hätten eine Mehrheit im Parlament, Stand heute.

Bleibe die SPD aber stärkste Kraft im jetzigen Bündnis, würden Grüne und Linke Giffey weiterhin als Regierende Bürgermeisterin akzeptieren müssen. Der CDU nützte ihr Wahlsieg dann wenig, außer, dass sie den Parlamentspräsidenten bzw. die Parlamentspräsidenten stellen dürfte.



Frau Giffey hat von Frau Jarasch die Schnauze so richtig voll. Während sie **Kai Wegner** freundlich zulächelt, wendet sie sich leicht angewidert von **Bettina Jarasch** ab.



Dass Giffey die Stimmung mit Jarasch im Tagesspiegel-Interview als „spitzenmäßig“ bezeichnet, kann nur satirisch gemeint sein. „Es gibt in dieser Koalition an zentralen Punkten sehr unterschiedliche Auffassungen darüber, was der beste Weg für diese Stadt ist.“, sagte Giffey dem Tagesspiegel.

Den Vorstoß von Jarasch, die Friedrichstraße ab heute wieder für Autos zu sperren, bezeichnet Giffey im Tagesspiegel als „Nebelkerzen“ und „Klientelpolitik“. In ihrer wöchentlichen Kolumne schreibt die Chefredakteurin der **Berliner Morgenpost**, **Christine Richter**: *„Das ist grüne Ideologie pur. Bei der Friedrichstraße geht es nämlich schon lange nicht mehr um einen klugen, gar intelligenten Verkehrsversuch. Von einem Vorzeigeprojekt der Berliner Verkehrswende, das auch die gesamte Situation in Mitte mit Gendarmenmarkt und dem Boulevard Unter den Linden berücksichtigen würde, ganz zu schweigen. Die Grünen haben die Friedrichstraße vielmehr zum Kampfprojekt erklärt und wollen hier, an dieser zentralen Stelle in Berlins Mitte, demonstrieren, dass sie bestimmen, wie die Mobilitätswende auszusehen hat.“*

Wer bestimmt eigentlich die Richtlinien der Politik in dieser Stadt? Das ist etwas komplizierter als im Bund, wo Bundeskanzler **Olaf Scholz** an Grünen und FDP vorbei über die Verlängerung der Laufzeiten von Atomkraftwerken entscheiden konnte. Auch die Regierungschefin in Berlin bestimmt die Richtlinien der Regierungspolitik. *„Allerdings besitzt sie nur eine eingeschränkte Richtlinienkompetenz. Denn sie muss diese Richtlinien zunächst in Form einer so genannten Regierungserklärung im Abgeordnetenhaus erläutern. Anschließend müssen die Mitglieder des Parlaments diesen Richtlinien zustimmen.“* Über Jarasch hinweg zu entscheiden, ist also nicht möglich. Vom Parlament gewählt wird nur die Regierende Bürgermeisterin, die Senatoren werden von ihr ernannt und können auch von ihr entlassen werden. Giffey könnte also Jarasch rausschmeißen, wie es fast **Michael Müller** mit **Mario Czaja** in der Flüchtlingskrise getan hätte. Dann wäre allerdings die Koalition beendet. Na und?

Ed Koch